

## Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“

Erschienen in: Von Fehden und Kämpfen, Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Herausgegeben vom Parteitags-Komitee. Magdeburg 1910<sup>1</sup>

So sollte dann das fluchwürdige sozialistische „Umsturz“gesetz nicht verscharrt werden, ohne den *Magdeburger Genossen* einen kleinen leibhaftigen Umsturz in den eigenen Reihen gebracht zu haben. In zwei sich leidenschaftlich befehdende Heerlager zerfiel die Magdeburger Arbeiterschaft in den Sommermonaten des Jahres 1890: in die „Fraktionellen“ und in die „Opposition“. Die revolutionäre Sturzwellen, die von der äußersten Neustadt bis zu den fernsten Ausläufern der Sudenburg rollte, war recht eigentlich von dem Umsturzgesetz aufgepeitscht worden. Zwei Geheimbundprozesse hatten den heißen Hass der Magdeburger Arbeiter gegen ein nichtswürdiges Polizeibütteltum, das durch den Namen *Krieter*<sup>2</sup> und *Speck*<sup>3</sup> zur Genüge charakterisiert wird, bis zur Siedehitze gesteigert. Dem kapitalistischen Staate, der einen grausamen Vernichtungskampf gegen die Häupter der Magdeburger Sozialdemokratie führte, wurde nur mit der gleichen Münze heimgezahlt, als ihm von den Gehetzten und Verfolgten das Existenzrecht überhaupt abgesprochen wurde. Der tatsächlichen Negation der Sozialdemokratie durch den Staat entsprach die grundsätzliche Ablehnung des Staates durch die in ihrer Existenz bedrohte Sozialdemokratie. Gleichsam nur in der Gestalt des lauerten, hausdurchsuchenden, arretierenden Polizeiers trat der Magdeburger Sozialdemokratie der heutige Staat entgegen. War eine aufbauende positive und organisatorische Arbeit da möglich, wo jede, selbst die friedfertigste Betätigung eines Sozialdemokraten sofort als verbrecherische Umsturzthat gebucht und schwer bestraft wurde? Den *Polizeigefängnisgeruch*, der dem ganzen Staat zu entströmen schien, glaubten die tief empörten Sozialdemokraten vor allem auch an allen *seinen Organen*, namentlich an seinen *Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganen*, entdecken zu können. Und eine fast fanatische Wut entlud sich daher bei vielen temperamentvollen Magdeburger Sozialdemokraten gegen *das Parlament*, das ja in wiederholten Abstimmungen sein Ja und Amen zu dem schwachvollen Ausnahmegesetz des Eisernen Kanzlers<sup>4</sup> gesprochen hatte. Eine stark *antiparlamentarische Strömung* durchwogte das oppositionelle Magdeburg, aber nicht nur diese Stätte polizeilicher Willkür und Tücke allein, sondern alle die Großstadtgemeinden, in denen das höhere und niedere Spitzeltum ein förmliches Vernichtungssystem gegen die Sozialdemokratie organisiert hatte. So in Frankfurt

a. M. in den Jahren 1884-1886, in Berlin 1887-1890, in Dresden 1889-1890.

Das soziale und politische Milieu, aus dem in einigen rührigen oppositionellen Gruppen Magdeburgs eine klare antiparlamentarische Überzeugung oder wenigstens eine gewisse antiparlamentarische Grundstimmung erwuchs, haben wir kurz beleuchtet. Und wie fest diese unsere allgemeine Darlegung gerade in der Wirklichkeit verankert ist, das beweist die Tatsache wohl am besten, dass zahlreiche Genossen, die nachher die eigentlichen Träger der oppositionellen Bewegung Magdeburgs wurden, unter den grausam harten Schlägen des Ausnahmegesetzes, durch ebenso brutale wie heimtückische Polizeiverfolgungen und Geheimbundprozesse zu prinzipiellen erbitterten Gegnern jeder sogenannten positiven parlamentarischen Tätigkeit geschmiedet wurden. Wir nennen hier nur die Genossen, die auf dem so bedeutungsschweren, das Schicksal der Magdeburger Opposition entscheidenden Erfurter Parteitag<sup>5</sup> die eigentlichen Vertreter revolutionärer und antiparlamentarischer Ideen waren: die Genossen Max *Baetge*<sup>6</sup> und Adolf *Schultze*<sup>7</sup>. Beide sind nach diesem Parteitag aus der Partei ausgeschieden, und beide haben an der konsequenten theoretischen Fortentwicklung der Bewegung der „Jungen“ zu einer antiparla-

<sup>5</sup> Auf dem Parteitag der SPD, der vom 14.-20. Oktober 1891 in Erfurt tagte, erfolgte die Abrechnung mit der Opposition, deren Führer ausgeschlossen wurden bzw. aus der Partei austraten.

<sup>6</sup> Max Baetge (1856-?). Schuhmacher aus Magdeburg, zählte in den Zeiten des Sozialistengesetzes in Magdeburg zu den aktivsten Sozialdemokraten, er gehörte zur örtlichen illegalen Parteileitung. Im Mai 1887 wurde er u.a. wegen Verbreitung des „Socialdemokrat“ zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Er schloss sich der Opposition in der sozialdemokratischen Partei an und wurde 1890 erster Geschäftsführer der „Volksstimme“ und schied dann zusammen mit Kampffmeyer und Müller im selben Jahr aus. 1891 wurde er zum Delegierten des Magdeburger sozialdemokratischen Vereins zum Erfurter Parteitag gewählt, wo er gemeinsam mit den anderen Vertretern der Opposition aus der Partei ausschied. Im Dezember 1891 war er Mitbegründer des „Vereins Unabhängiger Sozialisten“ in Magdeburg. 1893 ging B. nach London, wo er Mitglied des „Communistischen Arbeiter-Bildungs-Vereines“ wurde.

<sup>7</sup> Adolf Schultze (1859-?): Zimmerer aus Berlin, wurde 1883 von dort wegen seiner Betätigung für die illegale sozialdemokratische Bewegung ausgewiesen und ging anschließend nach Magdeburg. Dort wurde er 1884 zum Vorsitzenden des Lokalverbandes der Zimmerer gewählt und versuchte, diesen zu politisieren. Die Magdeburger Zimmerer schlossen sich nicht zuletzt unter seinem Einfluss dem oppositionellen Flügel der Gewerkschaftsbewegung an. Im Mai 1887 wurde S. u.a. wegen Verbreitung des „Socialdemokrat“ zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In einem Polizeibericht von 1888 wird S. als „Hauptleiter der hiesigen Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnet, der mit „fanatischem Eifer und vielseitigster Tätigkeit“ sich der „planmäßigen Aufwiegelung der Leidenschaften“ und der „Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes“ verschrieben habe. 1890 wurde er als Delegierter zum Halleschen Parteitag der Sozialdemokratie gewählt und trat dort als Verfechter der Opposition auf. Ende 1890 wurde er Redakteur der „Volksstimme“ und galt als einer der Wortführer der „Jungen“ in Magdeburg. Als deren Vertreter wurde S. auch zum Erfurter Parteitag 1891 delegiert, wo er die Hetzkampagne gegen die Opposition. 1892 war er Referent auf der Gründungsversammlung des Magdeburger „Vereins der Unabhängigen Sozialisten“.

<sup>1</sup> Festschrift zum SPD-Parteitag 1910 in Magdeburg

<sup>2</sup> W. Krieter war während des Sozialistengesetzes Polizeinspektor in Magdeburg und einer der maßgeblichen Personen im dortigen Repressionsapparat. Über seine Erfahrungen bei der Bekämpfung der Arbeiterbewegung hat er ein Buch verfasst (Die geheime Organisation der sozialdemokratischen Partei. Magdeburg 1887).

<sup>3</sup> Der Metallarbeiter Rudolf Speck war einer der Angeklagten im Magdeburger Geheimbundprozess von 1887, wo er als Polizei-Spitzel entlarvt wurde.

<sup>4</sup> Mit der „eisernen Kanzler“ war Graf von *Bismarck* (1815-1898) gemeint, erster Kanzler des Deutschen Reiches (1871-1890). Auf ihn geht maßgeblich der Erlass des Sozialistengesetzes (1878-1890) zurück.

mentarischen Massen-Bewegung in den Jahren 1892/1893 bewusst und zielklar teilgenommen.

Die Magdeburger oppositionelle Bewegung oder die Bewegung der Magdeburger „Jungen“, wie sie in den Jahren 1890/1891 bezeichnet wurde, wurzelt also in ganz bestimmten allgemein politischen und lokalpolitischen Verhältnissen. Nichts gemacht Künstliches, nichts im Studierzimmer willkürlich Erklügeltes haftet der Bewegung der „Jungen“ in Magdeburg an. Gegen den nachherigen Versuch, diese Bewegung zu einer bloßen „Studentenrevolte“ zu stempeln, rebellierte das ganze Tatsachenmaterial über die Geschichte und das Wesen der Magdeburger Bewegung selbst. Antiparlamentarische Ideen wirkten sich bereits in der radikalen Magdeburger Arbeiterschaft aus, lang bevor die Magdeburger Genossen zwei junge Studenten: Hans Müller<sup>8</sup> und Paul Kampffmeyer<sup>9</sup> zu Leitern des Magdeburger Parteiorgans, der „Volksstimme“, beriefen, antiparlamentarische Ideen bewegten ferner noch die Köpfe der Magdeburger Opposition, nachdem die revoltierenden Studenten längst die Redaktionssessel in Magdeburg verlassen hatten. Für die oppositionelle Grund-

<sup>8</sup> Hans Müller (1869-?): Publizist aus Rostock. Nach seinem Studium in Zürich wurde M. 1890 auf Vorschlag von Max Schippel, einem führenden Vertreter der Berliner Opposition, zum ersten verantwortlichen Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“ gewählt und erhielt von den Magdeburger Genossen den ausdrücklichen Auftrag, die Zeitung „von der Fraktion unabhängig zu redigieren“. M. wiederum vermittelte Paul Kampffmeyer, den er aus seiner Zeit in der Schweiz kannte, als weiteren Redakteur der Zeitung. Beide führten das Blatt entsprechend ihrem Mandat, was ihnen die Gegnerschaft der Parteileitung einbrachte. Auf Bebels Intervention traten beide im August 1890 von der Redaktion zurück. Später ging er zurück nach Zürich. Um 1901 war M. Sekretär des schweizerischen Genossenschaftsverbandes und später Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes. Er wandte sich revisionistischen Positionen zu und sah nun in der Überwindung des Klassenkampfes die „Grundbedingung jedes weiteren und auf sicherer Grundlage errichteten Fortschritts der Kultur Menschheit“.

<sup>9</sup> Paul Kampffmeyer (1864-1945): Schriftsteller aus Berlin, seit Ende der 1880er Jahre in der Sozialdemokratie aktiv. 1890 kam er durch Vermittlung von Hans Müller von Genf nach Magdeburg, wo er in die Redaktion der von der Opposition der „Jungen“ gerade gegründeten „Volksstimme“ berufen wurde. Nach Intervention Bebels gegen die fraktionskritische Ausrichtung des Blattes trat er zusammen mit Hans Müller von der Redaktion zurück. Als Albert Auerbach, ebenfalls Anhänger der Opposition, 1891 in die Redaktion der „Volksstimme“ eintrat, beteiligte sich auch K. wieder an deren Arbeit. Die oppositionelle Haltung der Zeitung sei „lediglich seinem Einflusse zuzuschreiben“, heißt es in einem Polizeibericht. In öffentlichen Versammlungen tritt er in Magdeburg als Verfechter der Opposition auf und wurde zum Vorsitzenden der „Landagitationskommission“ gewählt, wo er laut Polizeiberichten eine „rege Tätigkeit entfaltet(e)“. Zusammen mit Auerbach und Dr. Lux verfasste er einen Programmentwurf, der auf dem Erfurter Parteitag der Sozialdemokratie in Opposition zu dem der Parteileitung eingereicht, jedoch vom Parteitag abgelehnt wurde.

Im Herbst 1891 zog K. nach Berlin-Friedrichshagen. 1891 war er eines der Gründungsmitglieder des „Vereins der unabhängigen Sozialisten“ Berlins. Er war an der Ausarbeitung des Programmentwurfs des Vereins beteiligt und unterstützte dessen Organ „Sozialist“ auch finanziell.

Mit der Wendung der „Unabhängigen Sozialisten“ hin zum Anarchismus scheint K. sich aus der politischen Arbeit weitestgehend zurückgezogen zu haben. Publizistisch war aber weiterhin tätig. Er arbeitete von 1897 bis 1933 an den „Sozialistischen Monatsheften“ mit, einer Zeitschrift des revisionistischen Flügels in der SPD. Um die Jahrhundertwende kehrte er zur aktiven politischen Arbeit in der SPD zurück. Er war dann vor allem im Genossenschaftswesen, in der Arbeiterbildung und publizistisch aktiv. 1921 wurde er Berater und später Leiter des Parteiarchivs der SPD sowie literarischer Berater des Dietz-Verlages und an der Vorbereitung der ersten Gesamtausgabe der Marx-Engels-Schriften (MEGA) beteiligt.

stimmung führender Gruppen der Magdeburger Arbeiterschaft ist besonders die Tatsache charakteristisch, dass sich die Genossen, als sie Umschau nach einem Redakteur für die neu zu begründende „Volksstimme“ hielten, an den Theoretiker und Taktiker der Berliner Opposition wandten: an Max Schippel<sup>10</sup>. Und dieser schlug den Magdeburgern einen Mitarbeiter der oppositionellen „Berliner Volks-Tribüne“, den Genossen Hans Müller, vor.

Viele geistige Fäden spannen sich also längst vor der sogenannten Studentenrevolte zwischen der Berliner und Magdeburger Opposition. In der Berliner oppositionellen Arbeiterschaft lebten aber in jugendkräftiger Frische die Gedanken fort, die einst Wilhelm Liebknecht mit plastischer Kraft in seiner vielgelesenen Broschüre über die Stellung der Sozialdemokratie entwickelt hatte.<sup>11</sup> Als gewaltsam aufrüttelndes Grundmotiv klingt immer wieder durch diese Liebknechtsche Broschüre das Donnerwort: Kein Friede mit dem heutigen Staat. Und das Wort musste mit Zaubergewalt die erregten oppositionellen sozialdemokratischen Massen packen, mit denen der heutige Staat unter der Ausnahme gesetz in Todfeindschaft lebte, denen er ja tagaus, tagein als gröbster, brutalster Friedensbrecher gegenübertrat. Wer eine der theoretischen Springquellen der oppositionellen Bewegungen unter dem Ausnahme gesetz klar erfassen und verstehen will, der muss sich in die Gedankengänge der erwähnten Liebknechtschen Broschüre versenken. Prächtig und sturmgewaltig rollen die mächtigen Wogen der Liebknechtschen Beredsamkeit gegen den heutigen Staat an. Wie kurze Kommandorufe an marschierende Arbeiterbataillone schallten dann einige Sätze Liebknechts heraus. Und aus der Broschüre selbst gestaltet sich wuchtig die Vorstellung einer großen *antiparlamentarischen Massenbewegung*. Als die Elementargewalt der sozialdemokratischen Bewegung erscheint dem „Soldaten der Revolution“<sup>12</sup> immer wieder die vorwärtstürmende Masse selbst. Und die Masse wächst und wächst wie in der Sturmflut das Meer und wälzt den heutigen Staat mit einem gewaltigen Ruck um. Erst wenn dieser Staat fortgefegt ist, wird die Bahn frei für die soziale Praxis der Arbeiterklasse. „Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muss ihn stürzen, um ins Leben treten zu können.“ (*Liebknecht*). Der Sozialismus war für den *Liebknecht* der ersten Phase der sozialdemokratischen Bewegung eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist. Nicht der Rednertribüne eines Parlaments bedarf die sozialdemokratische Bewegung zu ihrer machtvollen Fortentwicklung. Nicht ins Parlament, nein, unter das Volk gehören die Vertreter des

<sup>10</sup> Max Schippel (1859-1928): Journalist aus Chemnitz, 1887-1890 Redakteur der – zu der Zeit oppositionell orientierten – „Berliner Volks-Tribüne“. 1890-1903 Reichstagsabgeordneter der SPD, vertrat zunehmend revisionistische und sozialchauvinistische Positionen.

<sup>11</sup> Unter dem Titel „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie insbesondere mit Bezug auf den Reichstag“ erschien der Wortlaut einer Rede Wilhelm Liebknechts vor dem norddeutschen Reichstag vom 31.5.1869 als Broschüre. Darin wandte er sich mit sehr klaren Parolen gegen jeglichen Reformismus („Wer parlamentiert, paktiert!“; „Prinzipien sind unteilbar“ ...).

<sup>12</sup> Spitzname Wilhelm Liebknechts in der Partei.

Volks. Ja selbst eine aus dem Fenster des Parlaments hinausgeschriene Rede kann nach *Liebknecht* nicht so zünden wie ein revolutionärer Leitartikel. Ist doch jede Parlamentsrede an die enge Tagesordnung gebannt und der Verstümmelung durch eine diktatorische Präsidialgewalt und durch lärmende Zwischenrufe ausgesetzt!

In der Geschichte der sozialdemokratischen antiparlamentarischen Unterströmungen hat die Liebknetsche Rede eine ausschlaggebende Rolle gespielt. *Most*<sup>13</sup> hat diese Rede aufgegriffen für seine Propaganda einer antiparlamentarischen, anarchistischen Massenbewegung, die späteren „Jungen“ kannten ganze Absätze dieser Rede *auswendig*.

Die gegen die positive parlamentarische Mitarbeit gerichtete Strömung der Berliner oppositionellen Arbeiterschaft hatte auch den Genossen *Schippel* ergriffen, der sich in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts vom staatssozialistischen Rodbertusianer<sup>14</sup> zum radikalen Marxisten gewandelt hatte. *Schippel* würdigte die Parlamentswahlen wesentlich nur als Massenagitationsmittel, denn nur in dem zielbewussten Denken der Massen lag nach ihm der Sieg der Sozialdemokratie. Er wies in einer Artikelserie in der Wiener „*Gleichheit*“ auf die in der parlamentarischen Tätigkeit liegende Gefahr hin, dass die Abgeordneten in dem labyrinthisch irren Herüber- und Hinüberwogen des parlamentarischen Kleinkriegs den sicheren Blick für die alle beherrschenden großen Strömungen des öffentlichen Lebens verlieren. Mancher früher kräftig durchgreifenden und darum meist das Richtige treffende Gesinnungsgenosse kommt nach *Schippel* in Gefahr, sich im Parlament das superkluge, bei allen Berechnungen natürlich fehlgehende Diplomatisieren im Reichstage anzugewöhnen, wo es für die Vertreter des Proletariats nichts zu diplomatisieren gibt. In den Parlamentswahlen erblickte also *Schippel* nur ein Mittel für eine Propaganda des sozialistischen Gedankens in den proletarischen Massen. Bei den Wahlen für die Verwaltungskörperschaften trat aber nach *Schippel* das sozialistische Endziel völlig auf Kosten eines bürgerlich-demokratischen Reformprogramms zurück, und er verwarf daher die Beteiligung an den Berliner Kommunalwahlen. In einem instruktiven Gutachten über die Kommunalwahlen suchte *Schippel* den Streit um diese Wahlen auf zwei verschiedene, in der Partei herrschende Grundanschauungen über die Bedeutung parlamentarischer und administrativer Institutionen zurückzuführen. Dieses Gutachten, das auch trefflich den Ideengang der Magdeburger Opposition aufhellt, klingt in folgende Schlussätze aus: „Ein Teil unserer Partei richtet mehr als der andere sein Auge vertrauensvoll auf diejenige Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganisationen (Parlamente, Gemeindevertretungen), welche die Bour-

geoisie geschaffen hat, um ihre wechselnden Interessen und Wünsche zum Ausdruck und Durchbruch bringen zu können. Dieser Teil legt sehr leicht einen übertriebenen Wert darauf, die Bourgeoisorganisationen mit sozialdemokratischen Gliedern zu durchsetzen, um so – gleichsam von oben herab – größere agitatorische und positive Erfolge für die Partei zu erzielen. Die Gegenpartei *leugnet* diese Erfolge *nicht*, aber sie legt der *direkten* Agitation *unter den Massen*, der Vereinsbildung, der unmittelbaren Ideenverbreitung in Wort und Schrift, ohne die Dazwischenkunft eines ganz andersartigen Mediums, verhältnismäßig größeren Wert bei.“

Liest man heute auf den vergilbten Blättern des ersten Jahrgangs der Magdeburger „*Volksstimme*“ die Leitartikel der „Jungen“ nach, so erscheint es fast, als wäre der letzte Teil des Schippelschen Gutachtens zum Programm erhoben worden. Die Leitartikel sind ganz von sozialistischen Zukunftsgedanken erfüllt und wenden sich von den Tagesfragen der Gesetzgebungs- und Verwaltungspolitik völlig ab. Schon in den ersten Artikeln wird das Volk darüber belehrt, dass es nichts vom Parlamentarismus zu erwarten hat, und dass selbst der neu gewählte Oppositionsreichstag von den volksverräterischen Traditionen seiner Vorgänger nicht lassen könne, weil das *im Wesen des Parlamentarismus begründet sei*. Nur durch sich selbst, durch eigene Kraft könne sich das deutsche Volk sein politisches Recht erhalten und sich neue Freiheiten erwerben. In der dritten Nummer der „*Volksstimme*“ wird bereits der Tod des Parlamentarismus verkündet. Der Parlamentarismus wird als ein dem Proletariat völlig fremdes Medium charakterisiert, als ein ausgesprochenes Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. „Der Parlamentarismus“, so heißt es in dem Artikel „Der tote Parlamentarismus“ in Nummer 3 der „*Volksstimme*“, „hat überhaupt nichts, was einen Demokraten und erst gar einen bis zur äußersten Konsequenz gehenden Demokraten, das heißt einen Sozialdemokraten, sympathisch berühren könnte. Im Gegenteil, er ist seinem ganzen Wesen nach *undemokratisch*, denn er bedeutet das Regiment einer *Klasse* und zwar der Bourgeoisie.“ In dem nächsten Artikel schaufelt die „*Volksstimme*“ bereits für den Parlamentarismus, den der „kundige Sozialforscher“ schon die letzten Atemzüge tun sieht, das Grab und sie errichtet in dem gleichen Artikel den auf der direkten Volksgesetzgebung und nicht auf dem korrumpierten Parlamentarismus ruhenden Volksstaat. Der kommunalen Wahl in Magdeburg wendet die „*Volksstimme*“ ein recht frostiges Interesse zu. Sie fordert nur die Arbeiter auf, bei der Wahl der Bourgeoisie zu zeigen, dass sie ganz andere Interessen vertreten als diese.

Als die Buckauer Arbeiter dann einen schönen Erfolg errangen – der Sozialdemokrat *Klees senior*<sup>15</sup> kam in die Stichwahl – wurde das wohl als schöner Erfolg gebucht, aber sofort der Wunsch daran geknüpft, dass die Arbeiter aus dem Wahlergebnis neue Kraft für „ihre großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe schöp-

<sup>13</sup> Johann *Most* (1846–1906): Buchbinder aus Augsburg. Vor dem Sozialistengesetz Redakteur div. Parteizeitungen und 1874–78 Reichstagsabgeordneter. 1878 aus Berlin ausgewiesen, ging nach London, gründete dort die „*Freiheit*“ als Exilorgan der Sozialdemokratie. 1880 wurde er auf dem Wydener Parteikongress aus der Partei ausgeschlossen und wandte sich schließlich dem Anarchismus zu.

<sup>14</sup> Karl *Rodbertus* (1805–1875): Ökonom aus Greifswald, einer der Begründer des sogenannten Staatssozialismus. Er sah im Kapitalzins und der Grundrente das Hauptübel des Kapitalismus und forderte eine langsame Umgestaltung der Gesellschaft mit Hilfe staatlicher Interventionen zugunsten der Arbeitenden.

<sup>15</sup> Wilhelm *Klees* (1841–1922): Eisendreher, später Zigarrenmacher aus Magdeburg-Buckau. K. war einer der Pioniere der Magdeburger Sozialdemokratie und gehörte während des Sozialistengesetzes zur illegalen Magdeburger Parteileitung. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen stand er auf Seiten der „*Fraktionellen*“. Er wurde 1890 erster sozialdemokratischer Stadtverordneter für Magdeburg und 1893 Reichstagsabgeordneter.

fen mögen“. Die Kommunalwahlen sind, dieser Gedanke fließt da mit unter, eigentlich nicht ihrer selbst willen da, sondern nur als Ansporn für die großen politischen und ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse.

In den Ideengängen der „Jungen“ nahm also die Vorstellung von dem äußeren und inneren Verfall des Parlamentarismus eine Art Zentralstellung ein. Um diese niedrige Einschätzung des Parlamentarismus gruppierte sich dann eine ganze Reihe ähnlicher Werturteile über alle Institutionen der bürgerlichen Welt: Die Ehe galt als völlig zerrüttet, der Militarismus als Schlagflusskandidat<sup>16</sup> wegen seiner Säfteüberfülle, der Staat als erklärter Bankrotteur, die kapitalistische Wirtschaft als todsieche Kranke. In dem Gesicht der bürgerlichen Welt entdeckten die „Jungen“ nur lauter hippokratische<sup>17</sup> Züge. Und während so die alte bürgerliche Welt in den Augen der „Jungen“ schon in heftigen Todeszuckungen lag, erglühte die neue proletarische in heißester Lebenslust und strotzendster Jugendkraft. Angesichts der verzweifelten Lage des Kapitalismus erschien ein positives Mitarbeiten an den gesetzgeberischen Aufgaben des Staates fast als ein Lebensverlängerungsversuch an einem Sterbenden, wo doch alles, alles nur auf seinen möglichst schnellen Tod gestimmt sein sollte. Und alle emsige Arbeit im Parlament wurde von den „Jungen“ fast als *staatserhaltend* und als *kleinbürgerlich* gewertet. Mit einem Toten unterhandelt man nicht mehr, den senkt man nur noch ins Grab!

Das gehobene Machtgefühl der „Jungen“ hatte gerade durch die glänzenden sozialdemokratischen Wahlsiege des Jahres 1890<sup>18</sup> einen enormen Kraftzuwachs erhalten. Und dieses überschäumende Machtgefühl brach sich gewaltsam Bahn in zahlreichen Streiks – selbst Parteiführer sprachen damals vom Streikfieber – und dieses Machtgefühl fand nur volles Genüge in großen proletarischen Massenbewegungen. Eine sozialistische, direkt auf das Endziel lossteuernde Massenbewegung wurde nun das Feldgeschrei der „Jungen“.

Und immer fester und fester verstrickten sich ihre Gedanken mit der Massenbewegung. Von den Massen kommt eben alles Heil, und nur auf die Massen dürfen sich alle Bewegungen stützen. Das System der Vertretung der Massen erschien fast als ein Abirren von dem Gedanken der reinen Demokratie, ein Beugen, ein Brechen, ja ein Korumpieren des Massenwillens. Aus dieser einseitigen, jedes Repräsentativsystem beargwöhnenden Richtung der Opposition ergab sich eine gewisse feindliche Strömung selbst gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die durch das sozialistische Ausnahmegesetz bedingte überragende Stellung der Fraktion ward als ein Hemmschuh der Massenbewegung empfunden. Im Parlament verliert eben nach Ansicht der „Jungen“ der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete leicht die Fühlung mit den Massen, deren unverfälschte, reine proletarischen Instinkte und starke urwüchsige Empfindungen und Leidenschaften allein den sozialdemokratischen Bewe-

gungen den Weg weisen können, und dadurch wird er volens nolens<sup>19</sup> ein Widerstandsmoment der harmonischen Entfaltung der proletarischen Massenkraft. In ihrem heißen Glauben an die Zielsicherheit aller aus den Massen fließenden Bestrebungen stürmten die oppositionellen „Jungen“ vielfach auch gegen die lokalen Instanzen an, die sich die Partei in den rauen Kriegszeiten des Ausnahmegesetzes zur ordnungsgemäßen Erledigung der Parteigeschäfte geschaffen hatte. Die Bedeutung sachverständiger Vertretungsausschüsse für die Lösung verwickelter politischer und organisatorischer Fragen war den „Jungen“ durchweg nicht aufgegangen. Der Ruf: „Freie Bahn für alle Lebensäußerungen der Masse“ erklang mit dem nahen Ende des Ausnahmegesetzes immer lauter bei den „Jungen“, die in den Vertretungskörperschaften der Partei mehr und mehr Instrumente der Diktatur des Parteiführertums erblickten. Und gerade kurz vor dem Fall der Schreckensherrschaft des Ausnahmegesetzes sollte das vergötterte Ideal einer durch keine Repräsentative eingeschränkte Massenbewegung Fleisch und Blut in der Maibewegung annehmen. Was fachte in der ersten Maibewegung des Proletariats so gewaltige Begeisterungsgluten in der Seele der oppositionellen Genossen an? Der rein massenproletarische Charakter dieser Bewegung. Am 1. Mai<sup>20</sup> betreten ja die Massen selbst das Kampffeld und nicht nur kleine Häuflein von Proletariatsvertretern. Am 1. Mai suchten die Massen ihren gewaltigen Willen dem Unternehmertum aufzuherrschen. Hier erlebte die Welt eine gigantische Massenaktion selbst. Der Kampf um den Arbeiterschutz schritt nicht in dem zeremoniellen feierlichen Rhythmus parlamentarischer Staatsaktionen daher, sondern brach ungehemmt, formlos, mit stürmischer Elementarkraft auf den Straßen, öffentlichen Plätzen und Volksversammlungen aus. Die Opposition, von der sieghaften Kraft der proletarischen Massenbewegung vollkommen überzeugt, sah in der zurückhaltenden Stellung der Fraktion gegenüber der Proklamation der allgemeinen Arbeitsruhe einen gegen die proletarische Massenbewegung gerichteten Schlag. Sie hielt den kühlen, abwägenden Fraktionsbeschluss zur Maifeier für eine tadelnswerte Überschreitung der Machtbefugnisse der Fraktion, der Befugnisse einer Repräsentativkörperschaft, die nur zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiterschaft in das Parlament gesandt sei. Heftig anklagende Stimmen über die Diktatur der Fraktion wurden in der Opposition laut. Am klarsten sprach aber das, was an Gedanken über eine freie,

<sup>19</sup> nolens volens (lat.): ob man will oder nicht.

<sup>20</sup> Für den 1. Mai 1890 hatte im Juli 1889 der Pariser internationale Arbeiterkongress beschlossen „eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen.“ Nachdem bereits in zahlreichen Städten Deutschlands auf Arbeiterversammlungen Beschlüsse zur allgemeinen Arbeitsruhe an diesem Tage gefasst worden waren, beschloss am 13. April 1890 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf einer Tagung in Halle/Saale einen Aufruf „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!“, in dem vor einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gewarnt wird, da durch diese eine Neuauflage des gerade nicht mehr verlängerten Sozialistengesetzes provoziert werden könnte. Mehr widerstrebend folgte die Mehrzahl der Arbeiter diesem Beschluss. Die Opposition nahm das zum Anlass verschärfter Kritik an der Parteileitung und Fraktion.

<sup>16</sup> Schlagfluss: veraltet für Schlaganfall

<sup>17</sup> In der Lehre Hippokrates' (460-370 v.u.Z.) waren Körpersäfte verantwortlich für Krankheiten, die deswegen ausgestoßen werden müssten.

<sup>18</sup> Bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 wurde die Sozialdemokratie mit ca. 1,4 Millionen Stimmen stärkste Partei, ihr Stimmenanteil verdoppelte sich seit den Wahlen von 1887 annähernd auf 19,7%.

durch Vertretungskörperschaften nicht eingeeengte Massenbewegung in der Seele der „Jungen“ lebte, der Artikel Bruno Willes „Der erste Oktober“<sup>21</sup> in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ aus. In dem Artikel wird über die Häufung gewisser Machtbefugnisse in den Händen einzelner Personen geklagt, über die Entstehung von Autoritäten bloß auf Grund tüchtiger Gesinnung und Zuverlässigkeit oder eines Martyriums. „Rechnet man zu dieser Wirkung“, so heißt es in dem Artikel weiter, „noch das Spitzeltum und das dadurch gezüchtete Misstrauen, so kann man jenem Satze, welcher in vielen Gesprächen unterrichteter Parteigenossen gewissermaßen den stimmungsvollen Kehrreim bildete, die Berechtigung nicht absprechen: Das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.“ Der Artikel wandte sich dann der ersten Maibewegung zu, streifte das „Bremsen“ der Fraktion in der rüstig fortschreitenden Maibewegung und freute sich der beginnenden Selbständigkeit der Arbeiter im Konflikt um den ersten Mai. Und unter starker Betonung des gerade die oppositionelle Bewegung charakterisierenden antiautoritären Grundzugs fuhr dann der Artikel wörtlich fort: „Der 1. Mai ist somit für die Autoritäten und Autoritätsgläubiger unserer Partei eine Warnungstafel, welche im Verein mit den übrigen seither aufgerichteten Tafelchen die Lehre verkündet: Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht bloß an Masse, sondern auch an Selbständigkeit und geistiger Reife derart zugenommen, dass sie von denjenigen Leuten, welche Einfluss darauf ausüben möchten, anders behandelt werden muss, als dies noch vor fünf Jahren geschehen konnte.“ In diesem Punkte setzte dann eine theoretische Polemik gegen das eine straffe Unterordnung heischende Führertum ein. „Wie nach dem Aussprüche eines alten Weisen der Streit der Vater aller Dinge ist, so führt gerade die unbehinderte Diskussion zum geistigen Fortschritt, während Beeinflussung denselben schwer behindert. Ein „Führer“, welcher politische Subordination verlangt, züchtet sich einen Hofstaat schmeichelnder Streber heran, nicht aber freie, offene, mutige Männer, wie wir sie brauchen.“ Und der Artikel klang schließlich in dem Wunsch aus, dass uns der 1. Oktober Zustände beschere möge, „welche das Urteilen und Handeln der Genossen noch selbständiger, den Meinungs austausch noch freier, die Ideen unserer Zeitungen, Schriften und Redner üppiger und schwungvoller, dagegen Autoritätenherrschaft, Personenkultus und Cliqueswesen unmöglich oder doch schwierig machen.“

In diesem Artikel arbeitete sich ein scharfer, zugespitzter Gegensatz gegen das Prinzip des Führertums heraus. Die moderne politische Demokratie ist nun aber selbst eine Herrschaftseinrichtung, sie verfügt über Vertretungsorgane, über zahlreiche, mit bestimmten Machtbefugnissen ausgerüstete Funktionäre, sie erhebt Mehrheitsbeschlüsse zu bindenden Gesetzen und verpflichtet die Minderheit zu absoluter Anerkennung und zu getreuer, gewissenhafter Durchführung der Beschlüsse. Aus dem Artikel sprach nun eine gewisse Ablehnung jeder Herrschaft überhaupt, hier regte sich im Keime eine antiautoritäre, individualistische Weltanschauung. Und dieser neue, gegen das politische

Führertum gerichtete Geist versetzte die Führer der modernen sozialen Demokratie in eine stürmische Entrüstung. Was theoretisch gegen das Herrschaftsprinzip, gegen das Führertum gesagt war, fassten sie als heimtückische persönliche Angriffe gegen ihre Tätigkeit selbst auf. *Bebel* erklärte in dem „*Berliner Volksblatt*“ entrüstet, dass in dem Willeschen Artikel „Der 1. Oktober“ die Parteileitung in beleidigender Weise angegriffen sei. Und von der starken, zum Teil begründeten Überzeugung erfüllt, dass die Parteitaktik unter dem Ausnahmegesetz das ureigenste Werk des leitenden Führertums war, empfand *Bebel* den Hinweis auf korrupte Parteizustände während des Ausnahmegesetzes als eine ihm persönlich angetane schwere Schmach. Zwischen den streitenden Parteien erfolgte nun ein heftiger Austausch spitzester persönlicher Bemerkungen: da fielen Wendungen von dem Selbstherrscher aller Reußen<sup>22</sup>, da wurde von jungen selbstgefälligen Männern geredet, die noch nicht einmal die Hörschen trugen als die Alten schon im Vordertreffen standen. Diese ganze persönliche Polemik, unsagbar unerquicklich heute für jeden unbeteiligten Leser, verschärfte wohl den Gegensatz zwischen den Alten und den „Jungen“, bedingte ihn aber nicht und führte auch nicht zu dessen katastrophentypischer Lösung. Hinter der leidenschaftlichen Erbitterung der persönlichen Auseinandersetzungen standen treibend und das Kampffeuerschürend starke Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung des Parlamentarismus, des Repräsentativsystems, des Führertums, über die Einschätzung der Massenbewegungen usw. Die Anschauungen der „Jungen“ über alle diese Fragen hatten einen Stich ins grau Theoretische, sie beruhten auf keiner lebendigen Anschauung des wirklichen, die Machtverhältnisse der sozialen Klassen berührenden Parlamentarismus, sie verkannten die gewaltige, wegweisende Tätigkeit des politischen Führertums und klangen in einen ganz vagen, unkritischen Kultus der Masse aus. In allen diesen Punkten schöpften die Alten ihre Ansichten aus jahrzehntelangen, beweiskräftigen Erfahrungen, sie wussten den hohen Wert repräsentativer, sachverständiger Ausschüsse zu würdigen und schätzten die Psyche der Massen und deren politische Aktionsfähigkeit realistischer ein als die „Jungen“. Sie hatten durch ihre besonnene Fabius-Cunctator-Taktik<sup>23</sup> die aufgeregten Massen vor mancher Katastrophe bewahrt und in gesetzmäßige Bahnen gedrängt, und als ihnen nun das harte Wort von der Korruption der sozialistengesetzlichen Zeit entgegenschallte, da hielten sie die „Heldentätigkeit“ der Partei für schwer verlästert und ihre Führertätigkeit für schimpflich herabgewürdigt. Und doch floss die Polemik der „Jungen“ nicht aus einer persönlichen Gehässigkeit und einer gemeinen Schmähsucht, sondern aus einer theoretischen Verkennung der Bedeutung des Führertums überhaupt. In diesen Punkten verstanden sich die Alten und „Jungen“ nicht, eben

<sup>22</sup> Selbstherrscher aller Reußen: russischer Zar. Sich als „Selbstherrscher aller Reußen“ zu fühlen war eine damals gängige Redewendung, mit der jemand bezeichnet wurde, der uneingeschränkte Macht für sich beanspruchte.

<sup>23</sup> Quintus Fabius Maximus Verrucosus, genannt Cunctator, „der Zögerer“ (um 275 - 203 v.u.Z.), Senator und Feldherr der römischen Republik. Sein Beiname Cunctator weist auf seine Taktik des hinhalten Widerstandes hin, die die römischen Truppen im Zweiten Punischen Krieg (218–201 v.u.Z.) einsetzten. [Wikipedia]

<sup>21</sup> Am 1. Oktober 1890 lief das Sozialistengesetz offiziell aus.

wegen der Differenz ihrer Grundanschauungen. Und gerade über diese Grundanschauungen saßen in den Jahren 1890 eigentlich die Massenversammlungen in Dresden, Magdeburg und Berlin<sup>24</sup> zu Gericht und nicht über die persönlichen Angriffe der „Jungen“, über deren „Beleidigungen“ und „Verleumdungen“.

In der großen Massenversammlung im „Schlossgarten“ zu Magdeburg stand unter Anklage der Artikel Bruno Willes „Der 1. Oktober“ aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Die Redaktion der „Volksstimme“ hatte die Tendenz des Artikels nicht nur gebilligt, sondern noch durch einige Bemerkungen stark unterstrichen. In der Versammlung entrüstete sich *Bebel* leidenschaftlich über den Vorwurf der Parteikorruption, der den Führern gemacht worden sei. Der Redakteur *Müller* betonte dagegen, dass dieser Vorwurf gar nicht auf *Bebel* gemünzt sei, und dass es sich um keinen gewöhnlichen Streit, sondern um einen Prinzipienkampf handele. Unter dem Ausnahmegesetz sei der Einfluss der Führer stark gewachsen, die Diktatur sei der Fraktion förmlich aufgezwungen worden. Und da hätten sich dann diktatorische Gelüste entwickelt, Gelüste, die in dem vorliegenden Organisationsentwurf der Partei zum Ausdruck gelangt seien.

Die Schlossgartenversammlung entschied gegen die Redaktion und erklärte, die Redaktion der „Volksstimme“ hatte keine Veranlassung, sich in den persönlichen Streit *Bebels* mit Bruno *Wille* einzumischen, „umsoweniger, da von keiner Seite bewiesen worden ist, dass die in dem Willeschen Artikel gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe mit Grund erhoben wurden“. Außerdem gehörten solche Anklagen nicht in die Presse, sondern auf den Parteitag. Die Versammlung forderte ferner von der Redaktion die Einstellung der weiteren Polemik in dieser Streitsache und aller persönlichen Angriffe. Daraufhin schieden die Redakteure *H. Müller* und *P. Kampffmeyer* aus der Redaktion aus, weil sie in einer von ihnen „prinzipiell“ aufgefassten „Streitsache“ sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen lassen wollten.

Mit dem Rücktritt *Müllers* und *Kampffmeyers* war die Bewegung der „Jungen“ in Magdeburg keineswegs erloschen. Auf dem Parteitag in Halle<sup>25</sup> erschien als Vertreter Magdeburgs einer der tatkräftigsten Führer der „Jungen“, *Adolf Schultze*, und dort konnte auch der alte *Bremer* (Magdeburg) mit Recht klagen, dass die antiparlamentarischen Ideen massenhaft in der Bewegung der „Jungen“ in Umlauf wären. Das Jahr 1891 schickte gar drei Vertreter des Antiparlamentarismus zum Erfurter Parteitag.

Die positive Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament erschien nun den Magdeburger „Jungen“ nicht als ein Weg zur Eroberung politi-

<sup>24</sup> Im August 1890 fanden in Dresden, Magdeburg und Berlin große Massenversammlungen statt, auf denen *Bebel* Vertretern der Opposition entgegentrat und in denen jeweils Resolutionen mehrheitlich angenommen wurden, die das Verhalten der Opposition verurteilten.

<sup>25</sup> Der Parteitag vom 12.-18. Oktober 1890 in Halle/Saale war der erste der Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Der Kongress war über weite Strecken durch die Auseinandersetzungen mit der Opposition geprägt. Eine Neuner-Kommission verurteilte das Verhalten des Sprechers der Opposition, *Wilhelm Werner*, sah aber von einem Ausschluss ab. Der Parteitag sprach – bei Enthaltung *Werners* – der Fraktion und ihrer Politik das Vertrauen aus.

scher Macht, politischen Ansehens, sondern als eine Ablenkung vom revolutionären Endziel, als ein zweckloser Kraftverlust. Die Wahlen zum Parlamente waren ihnen nur noch willkommen als Gelegenheiten zur machtvollen Entfaltung einer sozialistischen Endzielpropaganda, zur Einleitung einer revolutionären Massenbewegung. Der föderalistische Charakterzug der sozialdemokratischen Opposition arbeitete sich dann scharf heraus in dem Kampfe der „Jungen“ gegen die zentralistische Tendenz des sozialdemokratischen Organisationsstatuts, die oppositionelle Grundidee von dem baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems kam mehr und mehr zum Ausdruck in der strikten Abweisung jeder politischen und wirtschaftlichen Reformpolitik.

Alle die hoffnungsvollen positiven Ansätze einer fruchtbaren sozialen Reformpolitik, die gerade mit dem Werden der Sozialdemokratie zur Massenbewegung ins Leben getreten waren, wollte die Bewegung der „Jungen“ in das Nichts zurückrufen. Der Sozialismus sollte sich nicht in den Parlamenten, in den Rathäusern, in den Versicherungskörperschaften vollkräftig auswirken, nein, er sollte nur immer wieder zu den zusammengerufenen Massen das Cato-Wort: „Carthago muss zerstört werden!“<sup>26</sup> sprechen.

Die lärmende, staubaufwirbelnde Bewegung der „Jungen“ ist nun nicht durch einige kluge Reden der Führer, sondern, was noch viel bedeutsamer ist, durch die ureigenste Tat der Massen überwunden worden; denn gerade nach dem Jahre 1890 setzte die große Massenbetätigung für alle Wahlen der gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften, für die Landtage, für die Gemeindevertretungen, für die Versicherungsinstitutionen, für die Instanzen der sozialen Rechtsprechung ein. Seit 1890 sind die gewaltigen Gewerkschaftsorganisationen mit ihren Arbeiterschutz- und Versicherungseinrichtungen durch die Massentat in Leben gerufen worden, seit 1890 ist die große Konsumvereinsbewegung in allen Groß- und Fabrikstädten emporgewachsen.

Die sozialistische Bewegung ist wirklich eine Massenbewegung geworden, allerdings eine andere Massenbewegung, als die „Jungen“ sie erträumt hatten, eine Massenbewegung rühriger Bauleute, die das Brüchige, Veraltete, Morsche in Staat und Gesellschaft niederreißen und das Neue, in die Zukunft Weisende an sozialen und politischen Einrichtungen aufbauen. Keine *Massenbewegung des revolutionären Wortes*, sondern eine *Massenbewegung der zukunfts-gestaltenden und daher revolutionär wirkenden Tat!*

Quelle: [www.geschichtevonunten.de](http://www.geschichtevonunten.de)  
Zuletzt aktualisiert: 02.10.2010

<sup>26</sup> Cato der Ältere (234-149 v.u.Z.), römischer Staatsmann, trat im Senat für die Vernichtung des Konkurrenten Karthago ein. Er soll alles seine dortigen Reden mit dem Schlusssatz „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“ beendet.